

# Sächsische Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen

die einzige Sonntags erscheinende Zeitung

Jahrgang 217

Nr. 235 a

<b>Bezugspreis:</b> monatlich 3,60 Geldwert — Subskribenten nehmen sämtliche Postämter, Besteller und unter Ausgabekonten — Bisherige Bezugsnehmer unter Verfall von Subskribenten	<b>Halle-Saale</b>	<b>Anzeigenpreis:</b> Die 5 Spalten zu 10 mm breit 12 Pfennig, kleine 6 Spalten 8 Pfennig, 10 mm breit 10 Pfennig, 12 Spalten 6 Pfennig, die 3 Spalten 10 mm breit 6 Pfennig, 6 Spalten 5 Pfennig, 10 mm breit 4 Pfennig, 12 Spalten 3 Pfennig, 10 mm breit 2 Pfennig, 12 Spalten 1 Pfennig
<b>Geschäftsstelle Halle-Saale</b> Leipziger Straße 61/62, Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postfachnummer Leipzig 20 512.	<b>Sonntag, 5. Oktober 1924</b>	<b>Geschäftsstelle Berlin:</b> Bernburger Str. 30, Fernruf Amt Karfirt 17, 921. — Eigene Berliner Schriftleitung. — Derlag u. Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

# Baldige Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund?

## Entscheidende Sitzung am 10. Dezember

Genf, 4. Oktober.

Das „Journal de Geneve“ meldet: Das Generalsekretariat des Völkerbundes glaubt, daß Deutschland im Dezember in den Völkerbund aufgenommen werden wird. Dazu soll am 10. Dezember in Genf eine außerordentliche Sitzung stattfinden, die nur vier oder fünf Tage dauern wird. Die Vollversammlung, bei der jeder Staat durch einen Delegierten vertreten sein wird, tagt in den Räumen des Generalsekretariats. — Hierzu erwähnt die „Telegraphen-Union“, Berlin: Nach Erkundigungen an Berliner maßgebender Stelle dürfte die Genfer Meldung im allgemeinen zu treffen. In der Reichsregierung naheliegenden Kreisen ist man der Auffassung, daß die von Deutschland getroffenen Vorbereitungen zur Stellung eines Ausnahmegesetzes in absehbarer Zeit soweit beendet sein dürften, daß tatsächlich mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund im Monat Dezember zu rechnen sei. Der Eintritt im Dezember würde auch deshalb im deutschen Interesse liegen, weil Deutschland dann die Möglichkeit hätte, auf die Räumung des Köfener Brückenhopfes, die im Januar akut wird, vom Völkerbund aus einzuwirken.

### Der Zweck des deutschen Memorandums

Berlin, 4. Oktober.  
Inferne gestrigen Bedenken gegen die Möglichkeit der von „Daily Express“ veröffentlichten Erklärungen des Reichsstaatskanzlers über das deutsche Memorandum zum Eintritt in den Völkerbund stehen heute durch folgende halbamtliche Mitteilung bestätigt:  
„Der Zweck des Memorandums ist, wie der Reichsstaatskanzler dem Korrespondenten gesagt hat, der deutschen Regierung Gewißheit über einige Punkte zu verschaffen, deren Bedeutung für die Stellung Deutschlands zum Völkerbund ausschlaggebend ist. Eine Stellungnahme der Regierung, deren das Memorandum übertrifft, worden ist, zu den Einzelheiten der deutschen Darlegung würde vornehmlich nicht erfolgen, wenn unser Standpunkt nicht anerkannt werden sollte. Die deutsche Regierung erwartet indes, daß ihre Auffassung von dem im Völkerbund vertretenden Mächten geteilt und deren Zustimmung zum völlig gleichberechtigten Beitritt Deutschlands in den Völkerbund ihre Zustimmung gebracht wird. Wie bekannt, sind die befragten Regierungen gebeten worden, ihre Ansicht der deutschen Regierung schriftlich mitzuteilen. Es kann daher keine Rede davon sein, daß der Reichsstaatskanzler auf das Memorandum keine Antwort erteilt.“

### Briand über die Arbeiten und Ziele des Völkerbundes

Paris, 4. Oktober.  
Der Genfer Sonderkorrespondent über die „Recht Korrespondenz“ berichtet über eine Unterhaltung mit Briand, in der dieser sagte, der Völkerbund sei das Forum der Völker und sein Rat

ihre Schiedsrichter. Dadurch, daß die Parteien zur Befolgung ihrer Pflichten vor ihm hätten, sei bereits ein Schritt zur Erzielung einer Verständigung getan. Im Verlauf der gegenwärtigen Session sei durch den Völkerbund eine Einigung zwischen Griechenland, Bulgarien und Albanien zustande gekommen. Die Vertreter Großbritanniens und der Türkei hätten erklärt, daß sie im Voraus die Beschlüsse des Rates für die Grenzfestlegung im Irak anerkennen wollten. Briand wies dann auf die lebhafteste Tätigkeit der Kommissionen und der Vollversammlung hin. Das Friedensprotokoll bilde die unentbehrliche Grundlage für die internationale Zusammenarbeit. Er denke dabei an Deutschland, das durch die allen Staaten offen stehende Tür in den Bund eintreten müsse. Deutschland müsse die Grundzüge der Weisheit anerkennen. Auf das Verhältnis Amerikas zum Völkerbund übergehend, sprach Briand die Hoffnung aus, daß die Vereinigten Staaten sich in nicht zu ferner Zeit dem Bund anschließen würden. Die Amerikaner könnten ihm nicht fern bleiben, wenn sie wirklich an der Aufrechterhaltung des Weltfriedens mitarbeiten wollten. Zum Schluß sprach Briand die Überzeugung aus, daß es möglich sei, in Genf einen Regulator der wirtschaftlichen und industriellen Tätigkeit der ganzen Welt zu schaffen. Auf dieses Ziel seien die Anstrengungen aller im Völkerbund vertretenen Staaten gerichtet.

### Amerika gegen den Völkerbund

Paris, 4. Oktober.  
Aus Washington wird gemeldet, daß nach Auffassung amerikanischer Politiker, die den Gang der Verhandlungen in Genf aufmerksam verfolgt haben, die Vereinigten Staaten weniger denn je daran denken könnten, dem Völkerbund beizutreten.

# Richtlinien des Reichsstaatskanzlers

## Das Regierungsprogramm

Berlin, 4. Oktober.

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)  
Wie amtlich mitgeteilt wird, hat der Reichsstaatskanzler sich nunmehr entschlossen, bestimmte Richtlinien für die Führung der äußeren und der inneren Politik zu entwerfen, also ein Programm, wie es von der Deutschen Volkspartei in ihrer heute morgen herausgegebenen allgemeinen sehr beachteten Erklärung gefordert wird und wie es von vornherein als Grundlage für die Besprechungen hätte festzulegen müssen. Man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß außenpolitisch in diesem Programm die lokale Durchführung des Locarno Abkommens an die Spitze gestellt wird, was allerdings natürlich durchaus nicht bestritten werden dürfte, daß es nicht Aufgabe der deutschen Politik sein soll, alles zu tun, um eine Abänderung des eben noch von dem englischen Außenminister Keynes als undurchführbar und weder mit der Position noch mit der menschlichen Natur vereinbar charakterisierten Dawesplanes zu erreichen. Weiter dürfte, wie zu erwarten steht, die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund berührt werden, die möglicherweise bereits im November erneut akut wird und bei der sich das Regierungsprogramm an die Beobachtungen halten dürfte, die in dem zwar bisher noch nicht veröffentlichten, aber doch in unterrichteter Kreise bekanntem Memorandum niedergelegt worden sind. Die gegenwärtig im laufenden Handelsvertragsverhandlungen erforderlichen schließlichen die Herstellung eines geschlossenen Zollsystems und somit liegt es auf der Hand, daß auch die

helfeiligung an der Reichsregierung bereiten Parteien verlangt werden, daß sie sich den

**Schub der Staatsautorität**

angelegen sein lassen, den notwendigen Sanierungsmaßnahmen für den Wiederaufbau der Wirtschaft aufstehen und auch in Politik- und Schulfragen sich zu einer gemeinsamen Linie zusammenfinden.

Es ist zur Stunde noch unbekannt, ob dieses Programm der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird oder ob es solange einer beträchtlichen Verabredung unterliegt, bis die einzelnen Parteien zu ihm Stellung genommen haben. Als sicher darf wohl gelten, daß es vor weiterer endgültiger Festlegung nicht nur den Kabinettsmitgliedern, sondern auch den Fraktionsführern der gegenwärtigen Regierungsparteien zur Kenntnisnahme und Witzarbeit unterbreitet werden wird. Die Deutsche Volkspartei wird dann die beste Gelegenheit haben, die in ihrem ersten Beschluß angedeutete und in ihrer letzten Erklärung unterstrichen Tendenz wirksam zu machen und auf diese Weise positiv dazu beizutragen, daß eine baldige Lösung der Krise erfolgt. Die Deutschnationalen können in dieser Lage nichts anderes tun als abwarten, und eine heute abend in der Ausschussung der Deutschnationalen Volkspartei erscheinende parteiöffentliche Äußerung erklärt auch,

daß die Partei ruhig abwarten wird,

sich von der Regierung oder durch eine Initiative der anderen Parteien, ohne Erfüllung der gemeinsamen Forderungen, auf der bisherigen Grundlage die Möglichkeit zu einer Verständigung darzulegen wird, die, wie die deutschnationalen Führer aus innerer Überzeugung annehmen, dann ohne ernstliche Schwierigkeiten in festerer Frist herbeigeführt werden könnte.

### Kommt die Reichstagsauflösung?

Berlin, 4. Oktober.  
(Von unserer Berliner Schriftleitung.)  
Die eingetragene Verhandlungsspause wird, wie zu erwarten war, von den Vätern der Räte erneut dazu benutzt, auf eine Auflösung des Reichstages zu treten. Auch der Reichspräsident soll so bereit sein, im unterrichteten Kreisen, einer solchen Maßnahme, aus der man im sozialdemokratischen Lager aus uns vorerst noch unbegreiflichem Optimismus hofft, daß die Sozialdemokratie bestärkt in den neuen Reichstag zurückkehren würde, nicht abgeneigt sein. Aber auch auf der anderen Seite beginnt man angelehnt der Regierungsmehrheit allmählich die Schuld zu verzeichnen. Die Deutschnationale Partei weiß sehr genau und das ist durch den Verlauf der Parteiverkehrung erneut bestätigt worden, daß sie die Neuwahlen keineswegs zu fürchten hat, aber auch das volksparteiliche Organ, „Die Zeit“, hat in einem programmatischen Artikel die Drohung ganz übermäßig ausgeprochen, daß wenn die Einberufung der Deutschnationalen in die Regierung nicht erfolgt, nur noch die Auflösung des Reichstages übrig bleibt. Im Gegenteil scheint man sich also wieder einmal vollkommen einig zu sein. Diese in der volksparteilichen Presse ausgeprochene Drohung wird im übrigen ganz unermesslich in der Erklärung der Deutschen Volkspartei unterstrichen, die heute morgen in einer Sonderform der volksparteilichen Pressevertröter abgegeben worden ist. Diese Erklärung ist ein sehr bemerkenswerter und deutlicher Schritt, an dem man im Zentrumslager und bei den Demokraten keinesfalls vorbeizugehen vermag und der auch dem Herrn Reichspräsidenten harmlos dünkelt, daß seine Politik weiterer Verschleppung von der Deutschen Volkspartei keinesfalls mitgemacht werden wird. Aus der amtlichen Feststellung der Deutschen Volkspartei ist also zu ersehen, daß sie keinesfalls gefonnen ist, eine Regierungserweiterung nur nach links mitzugehen, und daß sie sich auch etwas Handlungsfähigkeit vorbehält für den Fall, daß Demokraten im Zentrum dafür eintreten, die gegenwärtige Regierungskoalition beizubehalten und alles beim Alten zu lassen. Die volksparteiliche Erklärung berührt auch die Stellungnahme der Deutschnationalen und verlangt ihre Aufgabe, an der lokalen Durchführung der außen- und innenpolitischen Notwendigkeiten mitzuarbeiten. Man darf annehmen, daß die Volkspartei in durchaus genügender Weise bereits darüber berichtet hat, daß eine solche Aufgabe auch in offizieller Form von deutschnationaler Seite durchaus zu erwarten ist und daß auch das von der Volkspartei in Vorhald gebrochene Regierungsprogramm wohl von deutschnationaler Seite anerkannt werden kann, wenn es sich in dem Rahmen der bisherigen unbedingten Bedingungen hält. Die Deutsche Volkspartei darf sich nicht als Verzicht in Anspruch nehmen, mit dieser Erklärung einen Anstoß für die Lösung der Krise gegeben und zur weiteren Klärung beigetragen zu haben. Sehen die gegenwärtigen Kräfte trotzdem ihre Regierungsmehrheit fort, dann wird es der Fall sein, daß das deutsche Volk sich einer ganz klaren und eindeutigen Wahlpolitik gegenübersehen wird.

### Beschleppungsmaßnahmen

Berlin, 4. Oktober.  
(Von unserer Berliner Schriftleitung.)  
Ueber die Verhandlungen zwischen dem Reichsstaatskanzler und den Regierungsparteien sind trotz der Vertraulichkeit eine ganze Reihe von Gerüchten verbreitet. So wird u. a. behauptet, die Vertreter der Deutschen Volkspartei hätten erklärt, es sei ihnen nicht unwillkommen, wenn der Eintritt der Deutschnationalen bis über den 10. Januar hinaus verschoben würde, weil, sollte bis diesem Termin das Ausmaßgebiet geräumt würde, dann nicht den Deutschnationalen der Ruhm für einen solchen Erfolg in den Schoß fallen sollte. Wie wir von authentischer Seite der Deutschen Volkspartei erfahren, erklärt diese, daß eine ähnliche Forderung zwar gefallen ist, aber von einer ganz anderen Seite und daß sie von den Vertretern der Deutschen Volkspartei nicht sofort bekräftigt wurde. Wir können ferner feststellen, daß die Deutsche Volkspartei auch bei diesen Besprechungen mit Nachdruck für möglichst frühzeitige Beilegung des Mißverständnisses mit den Deutschnationalen eingetreten ist.

### Eine Resolution des Stortovferlages über die Ursachen des Weltkrieges

Frankfurt a. M., 4. Oktober.  
Auf dem Deutschen Stortovferlages in Frankfurt a. M. wurde im Anschluß an den Vortrag von Prof. Brandenburg über die Ursachen des Weltkrieges folgende Resolution angenommen:  
Die Frage nach der schuldhaftesten Verantwortlichkeit einzelner Völker, Völker, Parteien oder Personen für den Weltkrieg kann schlichtlich nur nach Festlegung der Kräfte der am Krieg beteiligten Mächte durch gründliche und methodische Quellenforschung entschieden werden. Die Beantwortung dieser Frage durch ein Attentat von Diplomaten der Siegerstaaten ist eine Ungeheuerlichkeit, die jedem in aller Weltgedachte noch mehrmals zu beklagen ist. Die erzwungene Unterfertigung eines am Krieg beteiligten des Berliner Friedens ist für die Feststellung der wissenschaftlichen Wahrheit ohne jede Bedeutung.

en  
sche  
enlos  
NG  
uch  
er,  
urist,  
Allm  
rauenf  
n. Berli  
10 L.  
E  
n-  
ur  
elster  
c.  
angen  
G.  
ufen l  
rängen  
nach Ver  
entgegen  
rängen  
u. beh  
lich hind  
ngen  
tr. Dr  
vereins  
Tel. 478





